Niggemann, Siegfried	SPD
Rathke, Detlev	B90/Grüne
Reinert, Thomas	B90/Grüne
Rochol, Matthias	SPD
Schlieff, Olaf	SPD
Schmidt, Ralf	FDP
Schmitz, Markus	CDU
Stegemann, Klaus	Die Linke
Tecklenborg, Thomas	CDU
Tönnis, Rainer	Die Linke
Tücking, Hubert	CDU
Twiehoff, Hans	CDU
Wendrich, Peter	CDU
Wessels, Willi	CDU
Wohlgemuth, Christian	FDP

vom Verwaltungsvorstand

Dieminger, Volker	Stadt Dülmen
Leushacke, Clemens	Erster Beigeordneter Stadtbaurat
Noelke, Christoph	Beigeordneter
Röder, Christian	Kämmerer

von der Verwaltung

Bäther, Elisabeth	Stadt Dülmen
Bruns, Ann-Kathrin	Stadt Dülmen
Czipull, André	Stadt Dülmen
Gerle, Joachim	Stadt Dülmen
Heilken, Jürgen	Stadt Dülmen
Heilken, Mechthild	Stadt Dülmen
Krunke, Bernhard	Stadt Dülmen
Meerkamp, Dirk	Stadt Dülmen
Mittmann, Christin	Stadt Dülmen
Ricker, Klaus	Stadt Dülmen
Rohlmann, Christian	Stadt Dülmen
Rondorf, Geraldine	Stadt Dülmen
Schlüter, Wilhelm	Stadt Dülmen
Schmude, Jürgen	Stadt Dülmen
Siemes, Andre	Stadt Dülmen
Thesmann, Ingrid	Stadt Dülmen
Wiechers, Astrid	Stadt Dülmen
Wies, Herbert	Stadt Dülmen
Wischeloh, Nina	Stadt Dülmen
Wohlert, Corinna	Stadt Dülmen

als Schriftführerin

Höltken, Jennifer	Stadt Dülmen
-------------------	--------------

Es fehlten entschuldigt:

als Stadtverordnete

Mönning, Elisabeth	SPD
Sondermann, Gabriele	CDU

Beginn der Sitzung:	17:15 Uhr
Ende der Sitzung:	18:55 Uhr

Tagesordnung:

1.	Einwohnerfragestunde	142/2018 SV
3.	Wahl einer / eines Technischen Beigeordneten	191/2018 HA
4.	Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2019	209/2018 SV
5.	Fünfte Fortführung des Maßnahmen- und Umsetzungsplans zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dachflächen	177/2018 UW
6.	Jahresabschluss 2017 des eigenbetriebsähnlichen Betriebes "Grundstücksmanagement der Stadt Dülmen"	151/2018 WF
7.	Verfahren zur 89. Änderung des Flächennutzungsplans zum Zwecke der Flächenrücknahme hier: Einleitungsbeschluss	171/2018 WF
8.	Aufstellungsverfahren zur 88. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Dülmen für den Bereich „Auf dem Bleck I“ und „Auf der Laube“ in Dülmen-Kirchspiel und Dülmen-Mitte hier: Aufstellungsbeschluss	172/2018 WF
9.	84. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich "Alte Badeanstalt" a) Beratung und Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen b) Beschluss über die 84. Änderung des Flächennutzungsplanes einschließlich Begründung	145/2018 BA
10.	Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes 241 „Maria-Ludwig-Stift“ hier: Aufstellungsbeschluss	144/2018 BA
11.	Verfahren zur I. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65/1 „Butterkamp“ hier: Entwurfsbeschluss	168/2018 BA
12.	Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 231 „Auf dem Bleck III“ hier: Entwurfsbeschluss	170/2018 BA
13.	Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 218 „Dülmen Nord, Teil I“ a) Beratung und Beschluss über eingegangene Stellungnahmen b) Beschluss über die Begründung c) Satzungsbeschluss	164/2018 BA
14.	Verfahren zur III. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84/1 „Industriegebiet Dernekamp, Teil VI“; hier: a) Beschluss über die Begründung b) Satzungsbeschluss	166/2018 BA
15.	Verfahren zur III. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 01/5 „Am Haselbach“ als Vorhabenbezogener Bebauungsplan a) Beratung und Beschluss über eingegangene Stel-	175/2018 BA

	lungnahmen b) Beschluss über die Begründung c) Beschluss über den Durchführungsvertrag d) Satzungsbeschluss	
16.	Verfahren zur III. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73/5 „Am Holzplatz, Teil III“ a) Beratung und Beschluss über eingegangene Stellungnahmen b) Beschluss über die Begründung c) Satzungsbeschluss	167/2018 BA
17.	Aufgabenerledigung und Personalausstattung beim städtischen Baubetriebshof	182/2018 BA
18.	Bauprogramm für den Lohwall	174/2018 BA
19.	Optimierung des Schulweges entlang der Hiddingse- ler Straße Antrag der FDP-Fraktion vom 09.08.2018	157/2018 BA
20.	Bildung eines Grundschulverbundes der Paul-Gerhardt-Schule und der Kardinal-von-Galen-Schule zum Schuljahr 2019/20	179/2018 SB
21.	Erinnerungskultur - Dülmener Kriegsgefangenenlager	198/2018 KU
22.	Schenkung von zwei Stücken der Berliner Mauer durch Philipp Scharbert ("Lackaffen")	201/2018 KU
23.	Ordnungsbehördliche Unterbringung von Fundtieren	206/2018 HA
24.	Jahresabschluss 2016 der Stadt Dülmen	210/2018 SV
25.	Neuwahl von Ausschussmitgliedern für den Wasser- und Bodenverband „Oberer Kleuterbach“	211/2018 SV
26.	Ausschussbesetzung	192/2018 SV
27.	Mitteilungen der Bürgermeisterin	
28.	Anfragen von Stadtverordneten	

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt **Bürgermeisterin Stremlau** die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest.

Sodann richtet sich die Bürgermeisterin mit einem Blumenpräsent an den Ersten Beigeordneten Stadtbaurat Leushacke. Anlässlich seiner letzten Ratssitzung bedankt sie sich für die geleistete Beratung, fachliche Begleitung und Unterstützung. Er habe vieles in Dülmen bewegt.

Erster Beigeordneter Stadtbaurat Leushacke bedankt sich für den Blumengruß.

**Zu Punkt 1
(142/2018)**

Einwohnerfragestunde

Begründung: Originalniederschrift Anlage 1

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 1 informiert **Bürgermeisterin Stremlau**, dass die Wahl eines Beigeordneten grundsätzlich in öffentlicher Sitzung stattfindet. Insbesondere weil es sich nicht um eine Personalangelegenheit, sondern um einen Akt des Verfassungslebens der Gemeinde handle. Anders sei dies bei Tagesordnungspunkt 2 („Vorstellung der Bewerberinnen / Bewerber um die ausgeschriebene Beigeordnetenstelle“) zu beurteilen. Da im Rahmen der Vorstellung und auch durch ergänzende Nachfragen der Stadtverordneten schützenswerte Interessen Einzelner betroffen sein können, habe sie für diesen Tagesordnungspunkt eine nichtöffentliche Behandlung vorgesehen. Bei der anschließenden Wahl (TOP 3) sei die Öffentlichkeit selbstverständlich wieder zugelassen.

Sodann schließt die Bürgermeisterin den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die anwesenden Gäste sowie Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, den Sitzungssaal für den Tagesordnungspunkt 2 zu verlassen.

**Zu Punkt 3
(191/2018)**

Wahl einer / eines Technischen Beigeordneten

Begründung: Originalniederschrift Anlage 3

Herr Mönter wird in den Sitzungssaal gebeten. **Bürgermeisterin Stremlau** gratuliert ihm zur einstimmigen Wahl und überreicht ihm einen Blumenstrauß. Im Anschluss sprechen die Fraktionen ihre Glückwünsche aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 42

Beschluss:

Herr Markus Mönter wird gemäß § 71 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) als Technischer Beigeordneter der Stadt Dülmen gewählt.

Herr Markus Mönter ist gem. § 16 Abs. 2 S. 2 Landesbeamtengesetz NRW frühestens zum 12.11.2018 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 8 Jahren zur/zum Beigeordneten der Stadt Dülmen zu ernennen.

Die Besoldung erfolgt gemäß § 2 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 4 Eingruppierungsverordnung nach der Besoldungsgruppe B 2.

Da bei Herrn Markus Mönter die individuelle Befähigung für den Höheren bautechnischen Verwaltungsdienst als Bauassessor vorliegt, trägt der Beigeordnete gem. § 13 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Dülmen darüber hinaus die Amtsbezeichnung „Stadtbaurat“.

Begründung: Originalniederschrift Anlage 4

Rede zur Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2019 durch **Bürgermeisterin Stremlau:**

Es gilt das gesprochene Wort.

*„Meine sehr verehrten Damen und Herren,
wir alle hier in der Stadtverordnetenversammlung leben in Dülmen. Dülmen ist unsere Heimat. „Heimat ist kein Ort, Heimat ist ein Gefühl“ – so hat es Herbert Grönemeyer 1999 gesungen. Ich möchte ergänzen: Dort, wo ich mich geborgen fühle, aufgehoben und willkommen, da ist meine Heimat. Diese Rahmenbedingungen gestaltet jeder für sich täglich im Kleinen – in unserem Zuhause. Spricht der Engländer von Heimat, sagt er „Home“ – Zuhause.*

Wir als Politikerinnen und Politiker haben den Auftrag der Bürgerinnen und Bürger, unsere Stadt zu gestalten, und zwar so, dass sie sich hier wohl, also Zuhause fühlen. Für diese verantwortungsvolle Aufgabe haben sie uns ihr Vertrauen geschenkt, hier auf kommunaler Ebene. Auch auf Landes- und Bundesebene erwarten die Bürgerinnen und Bürger, erwarte auch ich als Bürgerin dieses Landes, dass Politik alles dafür tut, dass ich mich in meinem Land wohlfühle.

Wenn wir den Begriff „Heimat“ betrachten, dann hat dieser in den vergangenen Jahren für viele von uns sicher etwas „Verstaubtes“, ja Rückwärtsgerichtetes in sich getragen. Und doch hat die Idee von Heimat Konjunktur. Der Tagesspiegel titelte Ende 2017: „Heimweh nach Heimat. Warum es sich lohnen könnte, den Heimatbegriff vor den Rechten zu retten.“ Nachdem die AfD nun tatsächlich zweifelnde Wahlergebnisse eingefahren hat, müssen wir uns kritisch fragen, ob wir die Bedeutung von Heimat nicht zu lange verkannt haben.

Jeder von uns hat den Wunsch, sich dort – wo er lebt – heimisch zu fühlen. Lassen Sie uns auf kommunaler, Landes- und Bundesebene mit einer zukunftsgerichteten Politik – die sich nicht in Personaldebatten verliert, sondern nah an den Menschen ist – alles dafür tun, diese perfide Taktik rechter Parteien und Gruppierungen zu durchbrechen. Sie spielen mit der Verunsicherung der Menschen, die eben nicht wissen, wie Heimat sich entwickelt und ob sie sich in der sich wandelnden Heimat noch wohl fühlen und einen Platz haben werden. Geben wir unseren Bürgerinnen und Bürgern die Sicherheit, dass sie diesen Wandel mitgestalten können und sollen. In der vergangenen Woche haben wir gemeinsam den Bürgertreff gefeiert.

Es war wunderbar zu sehen, wie bunt Dülmen ist, wie viele Menschen mit verschiedenen Wurzeln gemeinsam das Leben unserer Stadt gestalten. Wir sind stark durch unsere Vielfalt – hier darf kein Platz für rechtes Gedankengut sein! Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Heimat ist nicht einfach da. Sie ist kein Ort, sondern ein ständiger Prozess. Dies hat auch Ministerin Ina Scharrenbach ausdrücklich in ihrer Rede anlässlich des IGZ-Baustellenfestes betont.

*Meine sehr verehrten Damen und Herren,
der Haushaltsentwurf 2019: ein dickes Buch voller Zahlen! Zahlen hinter denen Maßnahmen stehen, mit denen wir das Gesicht Dülmens formen und gestalten. Wir als Verwaltung legen Ihnen diese Konzepte nach bestem Wissen vor, die Politik wird darüber beraten und diskutieren. Sie wissen, dass es mir schon lange ein*

Anliegen ist, für die Entwicklung der Stadt und somit auch für die Aufstellung unseres Haushaltes eine langfristige Strategie zu haben. Eine Strategie von Verwaltung, Politik und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt erarbeitet, in der wir gemeinsam betrachten, was Dülmen als unsere Heimat bisher ausmacht und zukünftig ausmachen soll. Ich wünsche mir sehr – vor allem vor dem Hintergrund der sehr positiven Reaktionen der politischen Fraktionen im Wirtschaftsförderungsausschuss – dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen, um eine „Zukunftsstrategie“ für Dülmen zu erarbeiten. Gerade wir als Politikerinnen und Politiker sind gefordert, uns den Zukunftsfragen zu stellen und Antworten zu geben. Unsere Gesellschaft wird älter und bunter. Bildung, Integration und Digitalisierung sind nur drei große Themen, die uns meiner Meinung nach in den nächsten Jahren fordern werden.

*Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Haushaltseinbringung 2019, das bedeutet konkret: der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf wartet mit einem Defizit von rund 950.000 Euro auf und wird erneut nur durch einen Griff in die Ausgleichsrücklage fiktiv ausgeglichen. Für ein Investitionsvolumen von rund 30 Mio. Euro sind zudem Kreditermächtigungen in Höhe von rund 16 Mio. Euro vorgesehen.*

Dabei sind wir bestrebt, die derzeitigen günstigen Zinskonditionen über die Laufzeiten langfristig zu sichern. Unser Kämmerer Christian Röder wird Ihnen den Entwurf gleich im Detail vorstellen und hier auch den Aspekt der Kreditermächtigungen beleuchten.

Der ein oder andere ist nun vielleicht geneigt zu denken: Naja, so schlecht sieht es ja gar nicht aus, zumal die Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre häufig eine positive Abweichung von den Plandaten gezeigt haben. All jenen möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen: Ich bin froh und glücklich, dass wir eine starke Wirtschaft vor Ort haben. Denn die Gewerbesteuer war es vor allem in den letzten Jahren, die uns immer wieder einen guten Puffer verschafft hat. Eine solche Abhängigkeit birgt aber enorme Probleme, wie wir sie ebenfalls im vergangenen Jahr erleben mussten. Bricht uns ein wichtiger Gewerbesteuerzahler weg, ist das Delta schnell groß. Dülmen muss daher als Wirtschaftsstandort weiter attraktiv aufgestellt sein.

Und hierzu gehört, neben den Rahmenbedingungen, vor allem ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen. Ich möchte keinem Unternehmen absagen, weil ich keinen passenden Standort anbieten kann. Mit Dülmen-Nord steht nun ein neues Gewerbegebiet in den Startlöchern. Ab dem kommenden Jahr werden wir dieses Gebiet auch überregional bewerben. Zudem haben wir uns auch nach neuen Flächen zur Bevorratung umgesehen und führen entsprechende Gespräche.

*Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ein Haushalt, der immer wieder in die Rücklage greift, kann und darf uns daher nicht zufrieden stellen. An dieser Stelle möchte ich als Bürgermeisterin aber eines auch ganz deutlich sagen: Wir können auf kommunaler Ebene priorisieren so viel wir wollen. Wenn wir von Bundes- oder Landespolitik immer mehr und weitreichendere Aufgaben zugewiesen bekommen, ohne dabei eine finanzielle Ausstattung zu erhalten, sind wir chancenlos. Ich denke an das KiBiz, das die Finanzierung der Kindertagesstätten in NRW regelt. Das Geld reicht hinten und vorne nicht, wir warten alle auf eine grundsätzliche Reform.*

Kürzlich ist das zweite Rettungspaket mit rund 450 Millionen Euro geschnürt worden, hierbei handelt es sich wirklich um eine Notlösung, die uns als Kommune

noch lange nicht den Druck von den Schultern nimmt.

Ich denke an die Bildungsarbeit in unseren Grundschulen. Ein Thema, das uns in diesem Zusammenhang intensiv bewegt, sind die Integrationskräfte. Ich bin überzeugt davon, dass diese Kräfte notwendig sind, um Schülerinnen und Schüler mit verschiedenen Defiziten gut begleiten zu können. Aber dies kann doch nicht allein auf Kosten der Kommunen geschehen. Für das kommende Haushaltsjahr steigt die Zahl der ambulanten Eingliederungshilfen nach Paragraph 35a – gemeint sind hiermit die Schulassistenzen - voraussichtlich von 35 auf 49. Dies bedeutet für uns ein Mehr an Kosten in Höhe von rund 300.000 Euro! Um Eltern, Lehrer und Schülerinnen und Schüler im Schulalltag zu unterstützen, fordere ich darüber hinaus, dass Schulsozialarbeiter als ständige Mitglieder des Lehrerkollegiums fest etabliert werden – und zwar auf Kosten des Landes.

Und ich denke an die Kostenerstattung nach FlüAG für Personen, deren Asylantrag bestandskräftig abgelehnt wurde. Für diese Menschen erhalten wir noch genau drei Monate nach Ablehnung eine Zahlung der Pauschale, dann greifen die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Im Jahresdurchschnitt hat die Stadt für monatlich 160 Personen keine Erstattung mehr nach FlüAG erhalten, dies entspricht hochgerechnet für das Jahr 2017 einer finanziellen Einbuße von rund 1,5 Millionen Euro. Ich möchte Sie als Politiker jeder Couleur dringend bitten, nicht müde zu werden, in Ihrer Partei bei Vertretern der Landes- und Bundespolitik auf die großen kommunalen Probleme aufmerksam zu machen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn wir über Aufgaben reden, die wir als Kommune zu erfüllen haben, dann reden wir auch immer über Personal und die damit verbundenen Kosten. Seit Jahren haben Sie – und glauben Sie mir, auch wir als Verwaltung – den Stellenplan sehr kritisch im Blick. Dieser kritischen Betrachtung gegenüber stehen die zusätzlichen Aufgaben und Projekte.

Bei aller Abwägung sieht das Ergebnis in diesem Jahr in unserer Haushaltsplanung so aus, dass der Stellenplan wachsen wird und zwar um rund 11,7 Vollzeit-äquivalente. Eine große Zahl, die allerdings differenzierter zu betrachten ist.

Grundsätzlich finden Sie zu allen Stellen eine ausführliche Begründung, die den genauen Zuständigkeitsbereich und die Notwendigkeit der jeweiligen Stelle erläutert. Im Einzelnen handelt es sich um 6 Stellen, die projektbezogen oder temporärer höheren Arbeitsbelastungen geschuldet sind und von daher auch nur temporär eingerichtet werden müssen. Von daher wurden diese Stellen mit einem sogenannten „kw-Vermerk“ versehen, der bedeutet, dass diese Stelle künftig wegfallend ist. Gerade im Bereich des Dezernates III resultieren sie aus einer hohen Arbeitsbelastung und der Umsetzung von fördermittelgestützten Projekten. Von den Beschäftigten, die diese 6 Stellen künftig besetzen, könnten 4 anschließend in eine unmittelbare Nachbesetzung übergehen, wenn man den Blick auf das renten- oder pensionsbedingte Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern richtet. So werden 15 Beschäftigte aus dem nichttechnischen Verwaltungsdienst in den Jahren 2019-2023 altersbedingt aus dem Dienst ausscheiden.

Im Bereich Informationstechnik, Digitalisierung von Schulen, E-Government und DMS finden sich insgesamt weitere 2,5 Vollzeitäquivalente. Hier stellen wir uns einer Aufgabe, die uns die EU und die Bundesregierung als Kommune ins Hausaufgabenheft geschrieben haben. In der Digitalen Agenda Europa 2020 gehört die digitale Gesellschaft neben der digitalen Wirtschaft oder der Zugangs- und Netzfähigkeit zu den Kernzielen. Und zwar genau der Bereich öffentliche Dienstleistungen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, verschiedene Verwaltungsdienstleistungen digital und online nutzen zu können. Zudem ist gerade das Thema DMS für

die Verwaltung zentral, auch mit Blick auf die Mitarbeitergewinnung und -bindung. So ist beispielsweise vor dem Hintergrund von Vereinbarkeit von Familie und Beruf und veränderten Arbeitsbedingungen wie Telearbeit die klassische Handakte nicht mehr praktikabel und zukunftsfähig.

Der Ihnen mit diesem Haushaltsentwurf vorliegende Stellenplan ist der Vorschlag der Verwaltung. Die Politik hat natürlich die Möglichkeit, diesen zu verändern. Sie werden zu allen Stellen genaue Erläuterungen finden, die erklären, warum die Stelle gebraucht wird, und was die Auswirkungen bei einer Nichteinrichtung wären. Die Vorlage zur Personalentwicklung des Baubetriebshofes hat kürzlich gezeigt, dass Sie als Politik eine ausführliche Darlegung als Grundlage für eine Beratung sehr begrüßt haben. Wir hoffen, dass die umfangreichen Erläuterungen zu den Stellenanforderungen aus jedem Dezernat Ihnen die Beratungen erleichtern werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
in meiner letzten Haushaltsrede habe ich gesagt: „Es liegt in der Verantwortung von Politik und Verwaltung, Chancen, die sich für unsere Stadt bieten, zu erkennen und zu nutzen“. Ich finde, dies ist uns bei all den Herausforderungen gut gelungen. Dülmen befindet sich in einem Prozess der Gestaltung, Optimierung und Sanierung:

Beim Intergenerativen Zentrum ist der Baufortschritt deutlich zu erkennen – die Giebel sind fertig, auch die Kindertagesstätte macht deutliche Fortschritte und kann im kommenden Jahr eröffnet werden. Bei einem Gang über die Baustelle kann man nun endlich auch erkennen, wie ansprechend die Räumlichkeiten und vor allen Dingen auch der Markt der Möglichkeiten als neuer Platz im Stadtzentrum sein werden. Viele von Ihnen konnten sich beim Baustellenfest einen ersten eigenen Eindruck verschaffen. Besucher sehen das Projekt sehr positiv und spiegeln mir immer wieder, wie beeindruckt sie auch von den Dimensionen des „Hauses für alle“ sind.

Der aktuelle Baustand liegt um einige Wochen gegenüber dem Bauzeitenplan zurück. Dies liegt unter anderem darin begründet, dass die Erstellung der Betonwände sehr komplex ist. Dazu kommt die allgemeine Baukonjunktur. Vor allem ist es schwierig, ausreichend Fachkräfte zu bekommen. Mit den zukünftigen Pächtern der Rathausgastronomie (Café Extrablatt) finden regelmäßige Gespräche statt – sie freuen sich auf Dülmen als neuen Standort und die Möglichkeiten, die sich durch das Leben im IGZ ergeben werden.

Im März ist das neue Stadtquartier offiziell eröffnet worden – ebenfalls ein Projekt, das uns alle viele Jahre beschäftigt hat. Keine Frage: Die Eröffnung hätte die Concepta deutlich öffentlichkeitswirksamer und mit mehr Bürgerinnen und Bürgern feiern können. Dem Erfolg hat dies bislang aber keinen Abbruch getan: Die Ladenlokale sind fast vollständig vermietet. Aus dem ehemals wenig ansehnlichen Parkplatz ist ein vitaler und lebendiger Teil der Innenstadt geworden.

Die Aufenthaltsqualität wird weiter steigen, wenn der zugehörige Stadtplatz endlich fertig gestellt ist. Dass die Arbeiten sich immer wieder verzögern, ist zwar ärgerlich – allerdings ist unser Einfluss hier begrenzt, da die Arbeiten von einem nicht von uns beauftragten Generalunternehmer durchgeführt werden. Wir werden sehr darauf achten, den Platz nur in einem technisch und gestalterisch einwandfreien Zustand zu übernehmen.

Richtig Schwung ist in diesem Jahr in die Bahnhofs-Neugestaltung gekommen. Mit dem Projekt „Klimagerecht mobil unterwegs“ haben wir endlich den Schlüssel gefunden, um aus dem Schandfleck, man muss es so deutlich sagen, einen Willkommensort zu machen. Wir haben lange nach Lösungsmöglichkeiten gesucht,

um etwas gegen die Situation vor Ort zu unternehmen. Jetzt sieht es so aus, als könnten wir in sehr kurzer Zeit die bauliche Situation deutlich verbessern und, ganz wichtig, entscheidende Impulse für den Klimaschutz geben. Besonders freut mich, dass sich so viele Bürgerinnen und Bürger an den Planungen und Überlegungen beteiligt haben. Der Workshop im April war gut besucht und mehrere an diesem Abend vorgebrachte Ideen sind in die Planungen eingeflossen.

Das eindeutige Votum der Politik hat dann verdeutlicht, wie wichtig dieses Projekt für die Stadtentwicklung ist. Aufgrund der engen Zeitschiene – bis 30. Juni 2022 müssen alle geförderten Bausteine umgesetzt und fertig gestellt sein – wird mit Hochdruck an dem Projekt gearbeitet. Noch in diesem Jahr, in der Sitzungsstaffel im November und Dezember, möchten wir den politischen Gremien den aktuellen Stand mit Kosten- und Zeitplan vorlegen. Für das Jahr 2019 sind hier in der Planung 510.000 Euro eingestellt, für 2020 2,9 Mio. Euro. Die Entwicklung des Bahnhofes ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer Klimaschutzkommune. Viele weitere Schritte werden notwendig sein, um dieses Ziel zu erreichen. Als Verwaltung haben wir uns auf den Weg gemacht und möchten unter anderem im Bereich der Mobilität ein Zeichen setzen. So verfügen wir derzeit bei den Dienstfahrzeugen über 9 E-Autos und 15 Pedelecs.

Noch deutlich länger als die Überlegungen zur Bahnhofs-Umgestaltung gehen die Planungen für den Neubau der B 67n / B 474n zurück. Man darf es mit Fug und Recht als Generationenprojekt bezeichnen, denn bereits 1981 hatte es ein Planfeststellungsverfahren gegeben.

Umso erfreulicher, dass der Knoten jetzt endgültig durchgeschlagen werden konnte und Mitte September der erste Spatenstich erfolgte. Dieses Projekt wird den Ortskern Merfeld und auch die Innenstadt deutlich entlasten. Darüber hinaus wird ein großes Ärgernis für viele Dülmener Pendler beseitigt: nämlich der tägliche Rückstau im Bereich der Autobahnanschlussstelle Dülmen-Mitte. Weniger Verkehr bedeutet mehr Aufenthaltsqualität in Innenstadt und Ortsteil. Und natürlich sorgt der Lückenschluss auch für eine Stärkung des Wirtschaftsraums durch die bessere Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz. Für dieses Projekt hat die Stadt erheblichen Grunderwerb getätigt, so dass mehr als 30 Hektar in das Flurbereinigerungsverfahren eingebracht werden konnten. Der Flächenverbrauch bei derartigen Bauprojekten ist hoch, gerade für Ausgleichsmaßnahmen. Mit dem Erwerb des Munitionsdepots Visbeck hat die Stadt einen Grundstein gelegt, um ökologische Ausgleichsflächen in der Hinterhand zu haben. Und dafür sollte es auch weiterhin vollständig zur Verfügung stehen.

Wenn wir über eine Entlastung der Verkehrssituation reden, darf natürlich die Südumgehung nicht außen vor bleiben. Mitte Dezember soll der Auftrag für den Bau des 1. Abschnittes zwischen der Langen Nase und dem Mühlenweg erteilt werden. Wir haben hier gemeinsam für dieses Projekt gekämpft, weil es ein zwingend notwendiger Entwicklungsschritt ist – aber auch ein Schritt, gegen den es weiterhin einige wenige kritische Stimmen gibt. Planung ist immer die Suche nach bestmöglichen Kompromissen: Die geplante Trassenführung berücksichtigt städtebauliche wie ökologische Aspekte. Dass der BUND Klage gegen die von der Unteren Naturschutzbehörde erteilte Befreiung zur Erneuerung der Allee erhebt, ist deshalb kaum nachvollziehbar. Die Chance, mehr als 80 neue Bäume bei optimalen Wachstumsbedingungen zu pflanzen, wird ausgespielt gegen den Erhalt von knapp 40 überwiegend Altbäumen, von denen viele den Großteil ihrer Lebenszeit hinter sich haben.

Ein sehr ehrgeiziges Ziel hat sich die Stadt Dülmen im Bereich des digitalen Datenverkehrs gesetzt. Mit der Deutschen Glasfaser streben wir einen kompletten Ausbau der Innenstadt an. Sollte dieses Infrastrukturprojekt gelingen, wäre Dül-

men eine der ersten Kommunen in NRW in unserer Größenordnung, die ein solches Angebot vorhalten könnte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Glasfaser ist die Technologie der Zukunft.

Ich würde mir sehr wünschen, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger an den Nachfragebündelungen beteiligen, damit dieses Projekt in Dülmen Wirklichkeit werden kann. In den Außenbereichen war der Bedarf groß, die Versorgung in Dülmen-Mitte mag derzeit für den ein oder anderen noch ausreichend sein. Die Zukunft heißt aber ganz klar „Glasfaser“. Wenn wir zukunftsfähige Entwicklungen und Veränderungen fordern, müssen wir die Umsetzung dann auch gemeinsam tragen und voranbringen. Dies gilt für den Glasfaserausbau genauso wie für viele weitere Bereiche. Wir können auch keine attraktivere Innenstadt mit vielfältigen Geschäften erwarten, wenn wir dann doch hauptsächlich im Internet kaufen. Bei der Gestaltung der Zukunft sind wir alle gefragt!

Um zukunftssträchtige Entwicklungen voranzutreiben, arbeiten derzeit die Telekom und die Stadtwerke an Glasfaseranschlüssen für zunächst vier Schulen im Innenstadtbereich. Seit Jahren investieren wir in Dülmen in die Modernisierung und Sanierung der Schullandschaft. Neben Eigeninvestitionen sind wir hierfür auch auf Unterstützung durch das Land und passende Fördermöglichkeiten angewiesen. Nur so können kontinuierliche und weitreichende Verbesserungen umgesetzt werden. Das Programm „Gute Schule 2020“ bietet uns in den kommenden Jahren neue Möglichkeiten. Ich bin sehr froh, dass die Politik im Juni einen entsprechenden Maßnahmen-Fahrplan verabschiedet hat. Bauliche Maßnahmen an mehreren Schulen sowie die Ausstattung mit modernen Tablets konnten so bereits realisiert werden. Für die Jahre 2019/2020 ist geplant, den Neubau der Turnhalle und die Erweiterung des Schulgebäudes an der Augustinus-Schule mit Hilfe des Programms umzusetzen.

Auch die Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz in Höhe von knapp 723.000 Euro werden voraussichtlich bis zum Jahresende komplett abgerufen sein. Die energetische Sanierung der Ludgerus-Schule, die Auladachsanie rung am Clemens-Brentano-Gymnasium und die Aufwertung des Sportzentrums Süd konnten so umgesetzt werden.

Bei der Kinderbetreuung sind wir in Dülmen seit Jahren gut aufgestellt. Aber die aktuellen Entwicklungen verlangen uns weiterhin eine langfristige und gute Planung ab. Dabei stellt der Rechtsanspruch auf die Versorgung der einjährigen Kinder eine besondere Herausforderung dar.

Die Versorgungsquote für Kinder unter 3 Jahren mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege konnte gegenüber dem Kindergartenjahr 2017/2018 (46,2%) zum laufenden Kindergartenjahr 2018/2019 (49,4 %) weiter gesteigert werden. Für das Kindergartenjahr 2019/2020 ist derzeit eine Versorgungsquote von 51,5% geplant.

Hier geht es nicht nur um die Plätze, sondern damit verbunden auch um die Schaffung einer passenden Infrastruktur wie zusätzliche Schlaf- oder Wickelräume. Zurzeit wird eine neue 4-Gruppen-Einrichtung an der August-Schlüter-Straße durch einen Investor gebaut. Die Inbetriebnahme soll zum kommenden Kindergartenjahr durch den bewährten Träger DRK-Ortsverein Dülmen erfolgen. Aktuell betreut dieser Träger 20 U3-Kinder in der Interimslösung auf dem ehemaligen Kasernengelände.

Für den Ausbau des St. Mauritius-Kindergartens Hausdülmen um eine fünfte Gruppe und des St. Agatha-Kindergartens um eine vierte Gruppe wurden im Mai 2018 Bewilligungen für städtische Förderungen erteilt. Planmäßig sollen die Gruppen zum nächsten Kindergartenjahr bezugsfertig sein. Im laufenden Kindergartenjahr werden diese Gruppen bereits im Mehrzweckraum (St. Mauritius-KG) und im

Bürgerhaus Rorup (St. Agatha-KG) betrieben. Der St. Antonius-Kindergarten Merfeld wurde durch eine Erweiterung um einen Schulraum und eine interne Umbaumaßnahme für die weitere Betreuung im U3-Bereich ertüchtigt. Der St. Anna-Kindergarten wird voraussichtlich im kommenden Kindergartenjahr in die neuen Räumlichkeiten am IGZ umziehen und dort mit einer zusätzlichen fünften Gruppe für Kinder unter 3 Jahren betrieben.

Es ist darüber hinaus geplant, dass der Fröbel-Kindergarten zum Kindergartenjahr 2020/2021 in noch zu errichtende Räumlichkeiten umzieht und dort mit einer zusätzlichen sechsten Gruppe betrieben wird. Dieser Schritt scheint unter anderem auch aufgrund der Schulentwicklungsplanung notwendig, denn die Grundschule Dernekamp muss dreizügig laufen. Sollte Politik diesem Vorschlag der Verwaltung folgen, wird es natürlich frühzeitige Informationsangebote für die Eltern geben, um sie in den Prozess einzubinden.

Darüber hinaus werden derzeit im Rahmen der Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung Überlegungen angestellt, eine weitere Einrichtung in Dülmen-Mitte durch einen Investor bauen zu lassen und zum Kindergartenjahr 2020/2021 in Betrieb zu nehmen. Des Weiteren sollen die U3-Plätze in der Kindertagespflege durch die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen erhalten und ausgebaut werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
viele der Projekte, die ich gerade aufgezählt habe, werden eng begleitet durch unser Dezernat III. Sie alle wissen, dass hier in wenigen Wochen eine grundlegende personelle Veränderung ansteht. Nach 27 Jahren wird Clemens A. Leushacke die Stadt Dülmen verlassen und in den Ruhestand gehen. Seit 1994 hat er als technischer Beigeordneter und Stadtbaurat entscheidend die Entwicklung der Innenstadt und der Ortsteile mitgeprägt. Lieber Clemens, ich möchte dir an dieser Stelle Danke sagen, auch wenn es natürlich noch eine offizielle Verabschiedung in würdigem Rahmen gibt.

Wir haben in den vergangenen Jahren gemeinsam überlegt, Meinungen ausgetauscht, auch mal kontrovers diskutiert – das gehört dazu – Projekte ins Rollen gebracht und in die Tat umgesetzt. Wir sind nicht immer einer Meinung gewesen, haben aber die Meinung des Anderen respektiert. Mit deiner Fachkompetenz hast du dazu beigetragen, dass zahlreiche Großprojekte in Dülmen Wirklichkeit geworden sind und die Stadt sich weiterentwickelt hat. Dafür braucht es wie gesagt Fachwissen ... man benötigt aber etwas Zusätzliches: Ausdauer. Wir müssen nur an Projekte wie die Südumgehung oder das StadtQuartier denken, die uns seit so vielen Jahren bereits begleiten. Wenn du in den Ruhestand gehst, solltest du mit dem Wissen gehen, dass deine Ausdauer sich ausgezahlt hat – und dass viele der angestoßenen Projekte entweder bereits Realität geworden sind oder sich auf einem guten Weg befinden.

Wenn man 27 Jahre einer Stadt die Treue hält, zeugt das ebenfalls von Durchhaltevermögen und Verbundenheit (und wahrscheinlich auch von guten Nerven).

Du hattest in diesen 27 Jahren sicherlich die Möglichkeit, auch noch in anderen Städten tätig zu sein und neue Aufgaben und Herausforderungen anzugehen. Du hast dich aber für Dülmen entschieden und dafür möchte ich dir danken – ganz persönlich, im Namen von Verwaltung und Politik und im Namen der Bürgerinnen und Bürger. Der Wechsel an der Spitze des Bauderzernats wird eine Zäsur, so viel ist sicher. Für den neuen Lebensabschnitt wünsche ich dir alles Gute.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Dülmen lebt durch seine aktive und engagierte Bürgerschaft. Das zeigt sich eindrucksvoll in vielen Bereichen. Ein hervorragendes Beispiel ist die Feuerwehr. Männer und Frauen setzen sich hier für das Gemeinwohl ein. Sie sind da, wenn wir sie brauchen und sorgen uneigennützig für unsere Sicherheit. Verwaltung und Politik sind hier gefordert, gute Rahmenbedingungen für die Feuerwehrekameradinnen und Kameraden zu schaffen. Im Haushaltsjahr 2019 finden sich für die Ausstattung mit Geräten und Fahrzeugen rund 1, 2 Mio. Euro, weitere 630.000 Euro für den Umbau des Feuerwehrgerätehauses Welte. Mit dem Neubau der Feuer- und Rettungswache steht eines der größten Projekte der vergangenen Jahrzehnte vor der Umsetzung. Der Architektenwettbewerb ist vorbereitet, hierzu werden letzte Abstimmungsgespräche geführt. Der Kreis plant, weitere Einrichtungen in Dülmen zu verorten. Aktuell arbeiten wir gemeinsam an einer entsprechenden Umsetzung.

Ich hatte zu Beginn meiner Rede schon die Feierlichkeiten zum 3. Oktober angesprochen. Ich bin immer wieder beeindruckt, wie viele Menschen sich in vielfältigster Weise engagieren. Gerade auch bei den großen Herausforderungen unserer Zeit wie Migration und Integration ist unsere Stadt dank des Einsatzes vieler Unterstützerinnen und Unterstützer sehr gut aufgestellt. Großartige Projekte wie ganz aktuell der Bürgerbus oder der Dorfladen Merfeld zeigen, dass die Menschen hier vor Ort bereit sind, sich persönlich für eine gute Sache aktiv einzusetzen und einzubringen. Dafür möchte ich an dieser Stelle Danke sagen. Danke an alle, die sich in Dülmen in so vielfältiger Weise engagieren und unsere Stadt so zu einer lebenswerten Heimat für uns alle machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wer Lösungen für Zukunftsstrategien finden möchte, muss Entwicklungen antizipieren, Szenarien durchspielen und vor allem, die Menschen mitnehmen. Der renommierte Publizist und Berater Dr. Winfried Kösters hat in seinem beeindruckenden Vortrag beim Unternehmerfrühstück gesagt: „Oft haben wir keine Zeit für die Zukunft und beschäftigen uns daher nicht mit ihr. Etwas, was wir uns nicht vorstellen oder vorstellen wollen, findet für uns nicht statt“. Ich möchte gemeinsam mit Ihnen „Zukunft denken“, damit wir in Dülmen für unsere Zukunft gut aufgestellt sind – die Heimatstrategie ist hierfür ein gutes Instrument. Der Auftakt für ein gemeinsames Arbeiten von Verwaltung, Politik und Bürgerinnen und Bürgern an dieser Strategie soll Anfang 2019 stattfinden. Entsprechende Beschlussvorlagen für die Politik werden folgen.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich es nicht versäumen, mich bei unserem Kämmerer Christian Röder, seinem Mitarbeiter Bernhard Krunke und dem gesamten Team des Fachbereiches Finanzen für die Erarbeitung des Haushaltsentwurfes 2019 zu bedanken. Mein Dank gilt darüber hinaus allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit Ihrer täglichen Arbeit zum Wohle und zur Weiterentwicklung der Stadt Dülmen beitragen. Viele von Ihnen waren im Jahr 2018 ganz direkt Teil dieser Entwicklung: Für zahlreiche Kolleginnen und Kollegen hieß es Kisten packen und umziehen. Auch in 2019 wird es noch so manche Übergangslösung geben. Ich danke Ihnen, dass ich mich trotz verschiedener Herausforderungen durch die Umzüge immer auf Ihre Arbeit und Ihr Engagement verlassen konnte.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von unserem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier: „So einen Ort, der uns verbindet – über die Mauern unserer Lebenswelten hinweg -, den braucht ein demokratisches Gemeinwesen und den braucht Deutschland.“ Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, dass Dülmen

solch ein Ort ist und bleibt! Für alle, die hier geboren sind oder die aus einer anderen deutschen Stadt oder aus vielen Ländern dieser Erde zugezogen sind. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen konstruktive und zielführende Haushaltsberatungen zum Wohle Dülmens.“

Rede zur Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2019 durch **Kämmerer Röder**:

Es gilt das gesprochene Wort.

*„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Stremlau,
sehr geehrte Damen und Herren,*

auch wenn es vielleicht nicht immer angebracht ist, so will ich heute doch gleich mit der Tür ins Haus fallen. Der Entwurf des städtischen Haushalts für das Haushaltsjahr 2019 ist bei einem Defizit in Höhe von rd. 952.000 Euro fiktiv ausgeglichen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung von rd. 1,6 Mio. Euro. Eine Veränderung der Steuerhebesätze ist nicht vorgesehen. So, das Wichtigste ist gesagt! Dabei könnte ich es an dieser Stelle belassen. Alle, die sich jetzt schon über die kürzeste Haushaltsrede aller Zeiten freuen, werde ich wohl nun enttäuschen. Ich finde, es lohnt sich, an einigen Stellen etwas genauer hinzuschauen.

Wieso ist der Haushaltsentwurf eigentlich nur fiktiv und nicht strukturell ausgeglichen? Warum übersteigen die Aufwendungen immer noch die Erträge, so dass wir die Differenz aus der Ausgleichsrücklage decken müssen? Wir haben doch z. B. im Juli in der Zeitung gelesen können, dass die Mittel aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 für Dülmen um 3,8 Mio. Euro ansteigen werden.

Auf der Grundlage der sog. Arbeitskreisrechnung, die im Juli veröffentlicht wurde, wird die Stadt Dülmen in 2019 einen großen Schritt nach vorne machen. Aber ich will den Tag nicht vor dem Abend loben. Wir müssen im Hinterkopf behalten, dass es sich bei der Arbeitskreisrechnung bisher um eine vorläufige Berechnung handelt, da einige Grundlagen nur geschätzt werden konnten. Es können sich also noch Veränderungen, sowohl positiver als auch negativer Art, einstellen. Eine Modellrechnung, die deutlich genauer ist, wird nach jetzigem Kenntnisstand erst gegen Ende Oktober zur Verfügung stehen, so dass diese dann in die endgültige Beschlussfassung über den Haushalt 2019 noch mit einfließen kann.

Nach der Arbeitskreisrechnung werden die Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Vorjahr um rd. 3,36 Mio. Euro auf fast 7,0 Mio. Euro ansteigen. Zusammen mit der erstmals für 2019 vorgesehenen Aufwands- und Unterhaltungspauschale in Höhe von rd. 480.000 Euro, die den Gemeinden ebenfalls als allgemeines Deckungsmittel gewährt wird, erhält die Stadt nach der Arbeitskreisrechnung 3,84 Mio. Euro mehr als noch im Jahr 2018.

Aber wie so häufig ist nicht alles Gold, was glänzt. Die Verbesserung der Schlüsselzuweisungen in 2019 sind das Ergebnis aus mehreren Faktoren. Den größten Einfluss auf die Steigerung hat aber wohl, dass die Steuerkraft der Stadt Dülmen in der Referenzperiode im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Prozent gesunken ist, während die Steuerkraft der übrigen Kommunen im Landesdurchschnitt um 5,6

Prozent anstieg. Bei wieder steigender Steuerkraft werden sich diese Zahlungen in den nächsten Jahren relativieren.

Nachdem die Gewerbesteuererträge im Jahr 2016 ein Allzeithoch verzeichnen konnten, brachen sie im Laufe des Jahres 2017 deutlich ein. In diesem Jahr ist wieder ein positiverer Trend zu erkennen, so dass der Ansatz für 2019 um 2,0 Mio. Euro auf 23,0 Mio. Euro angehoben werden konnte.

Aller guten Dinge sind bekanntlich drei. Auch die Fortschreibung des städt. Anteils an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer nach den Orientierungsdaten des Landes Nordrhein-Westfalen ergibt gegenüber dem Vorjahr ein Plus von zusammen annähernd 1,2 Mio. Euro.

Natürlich gibt es aus dem Bereich der Allgemeinen Finanzierungsmittel nicht nur positive Nachrichten, das wäre ja auch zu schön, um wahr zu sein. So fallen die Erträge nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz für das Jahr 2017 nach einer ersten Modellrechnung im Vorjahresvergleich um rd. 734.000 Euro geringer aus. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Geringere Gewerbesteuereinnahmen 2017 – geringere Gewerbesteuerumlagen – geringerer Erstattungsbetrag.

Ja, und auch die Gewerbesteuerumlagen selbst werden wegen der Anpassung der Gewerbesteuererträge 2019 um rd. 310.000 Euro höher ausfallen.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
eine Haushaltsrede zu halten, ohne die Kreisumlage anzusprechen, ist wie Suppe ohne Salz, wie Tanzen ohne Musik. Ich habe die Kreisumlage mit gut 16,8 Mio. Euro im Haushaltsentwurf angesetzt und bleibe damit betragsmäßig noch einiges hinter den ersten Signalen aus dem Kreishaus zurück. Dieser Betrag errechnet sich unter Beibehaltung des Hebesatzes für 2018 in Höhe von 28,90 Prozent auf der Basis der Umlagegrundlagen aus der Arbeitskreisrechnung. Danach müsste die Stadt Dülmen in 2019 immerhin noch 766.000 Euro mehr an den Kreis überweisen als 2018. Was sich hier auswirkt, ist der sogenannte Mitnahmeeffekt, der durch eine Steigerung der Umlagegrundlagen eintritt. Insgesamt würde der Mitnahmeeffekt dem Kreis beim alten Hebesatz 4,5 Mio. Euro mehr Kreisumlage einbringen. Da ich weiß, dass unsere Kreistagsmitglieder in den vergangenen Jahren immer ein besonderes Auge auf die Entwicklung der Kreisumlage gelegt haben, hoffe ich, dass in dieser Frage noch nicht aller Tage Abend ist. Zumal ja nicht nur die Stadt Dülmen oft bessere Ergebnisse abliefert als geplant, sondern auch der Kreis. Da diese besseren Ergebnisse durch die kreisangehörigen Gemeinden über die Kreisumlage finanziert werden, dürfen wir durchaus erwarten, dass die Verbesserungen dann auch über eine Senkung der Kreisumlage zur Entlastung der Gemeinden eingesetzt werden.*

Unter Berücksichtigung aller weiterer Veränderungen bei den Allgemeinen Finanzierungsmitteln stellt der Sonderbereich einen um rd. 5,2 Mio. Euro höheren Betrag als im Vorjahr zur Finanzierung der restlichen Budgets zur Verfügung. Aber Sie ahnen sicher bereits, dass dies leider nur die eine Seite der Medaille ist.

Die andere Seite der Medaille sieht so aus, dass die restlichen Budgets diese Verbesserung auch dringend benötigen. Im Saldo weisen diese in 2019 einen um rd. 3,6 Mio. Euro höheren Finanzbedarf als 2018 auf.

In diesen Beträgen sind anteilig auch höhere Personal- und Versorgungsaufwen-

dungen enthalten, die planmäßig in 2019 für den Gesamthaushalt um insgesamt rd. 1,9 Mio. Euro ansteigen. Neben Tarifsteigerungen und Besoldungserhöhungen wirken sich hier auch Höhergruppierungen im Rahmen der neuen Entgeltordnung sowie eine Ausweitung des Stellenplans um 11,71 Vollzeitzeitäquivalente aus. Weitere Informationen hierzu können dem Stellenplan und seinen Erläuterungen entnommen werden.

Darüber hinaus möchte ich beispielhaft die beiden Budgets mit den größten negativen Abweichungen kurz ansprechen. Dies sind zum einen das Budget Tiefbau, Entsorgung und Verkehr, zum anderen das Budget Jugend und Familie mit Abweichungen von rd. 1,3 bzw. 1,1 Mio. Euro.

Im Budget Tiefbau, Entsorgung und Verkehr sind neben den Personal- und Versorgungsaufwendungen im Wesentlichen drei weitere Punkte für die Verschlechterung verantwortlich. Wie in dem kürzlich vorgestellten Bericht zur Aufgabenerledigung und Personalausstattung beim städtischen Baubetriebshof dargestellt, wurde für die Grünpflege an Schulen und Kindergärten eine Fremdvergabe der Leistungen vorgesehen. Die frei werdenden Baubetriebshofleistungen erhöhen dessen Einsatz in den Arbeitsfeldern Straßenunterhaltung, Straßenkontrolle und öffentliche Grünflächen um rd. 460.000 Euro.

Die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem öffentlichen Personennahverkehr steigen voraussichtlich um 95.000 Euro, was im Wesentlichen mit höheren Zahlungen an den Kreis begründet ist und mit einem kleineren Teil durch einen Zuschuss für den neuen Bürgerbus.

Im Vorjahr war ein Schadensersatz als Ertrag im Zusammenhang mit den bekannten Schäden aus der Baumaßnahme am Königsplatz in Höhe von 275.000 Euro veranschlagt. Dieser Ertrag kann für 2019 nicht nochmals angesetzt werden.

Die Personalaufwendungen erhöhen das Budget Jugend und Familie um rd. 408.000 Euro. Darüber hinaus wird die Inbetriebnahme der neuen Kindertageseinrichtung in Dülmen-Mitte über die für die Übergangslösung bereits vorgesehenen Mittel hinaus einen weiteren Zuschussbedarf in Höhe von 130.000 Euro verursachen. Auch für die Ausweitung der Kindertagespflege wird mit einem weiteren Zuschussbedarf von 200.000 Euro gerechnet. Und hier ist das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht. In der Investitionsplanung für 2019 und 2020 sind bereits Mittel für eine weitere KiTa vorgesehen.

Über die Personalaufwendungen hinaus werden die ambulante Erziehungshilfe und die familienersetzenden Hilfen mit 194.000 bzw. 255.000 Euro den Zuschuss erhöhen. Hierfür sind steigende Fallzahlen, insbesondere bei der Schulassistenz, sowie Anpassungen an die Kostenentwicklungen verantwortlich.

Da wir zusätzlich zu der bereits genannten Verschlechterung der Budgets in Höhe von 3,6 Mio. Euro auch noch 2,5 Mio. Euro Defizit aus dem Vorjahr wieder aufholen müssen, werden für einen strukturell ausgeglichen Haushalt aus dem Topf der allgemeinen Finanzierungsmittel zusammen 6,1 Mio. Euro mehr als im Vorjahr benötigt. Da das Plus bei den allgemeinen Finanzierungsmitteln aber nur 5,2 Mio. Euro beträgt, verbleibt nach Adam Riese ein Restdefizit in Höhe von 0,9 Mio. Euro.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,
der Finanzplan sieht für 2019 Investitionen in Höhe von rd. 30,4 Mio. Euro vor. Ein*

nicht unwesentlicher Teil des Betrages resultiert aus Neuveranschlagungen von Maßnahmen aus Vorjahren. Diese Maßnahmen sind wegen zeitlicher Verzögerungen oder beispielsweise wegen fehlender Förderzusagen noch nicht zur Ausführung gelangt. Darüber hinaus handelt es sich um die Fortsetzung bereits begonnener Maßnahmen sowie auch um neue Maßnahmen. Von den veranschlagten Investitionen entfallen im Wesentlichen

- *4,9 Mio. Euro auf Grunderwerb*
- *16,1 Mio. Euro auf Baumaßnahmen*
- *4,2 Mio. Euro auf den Erwerb von beweglichem Vermögen*
- *4,6 Mio. Euro auf aktivierbare Zuwendungen und*
- *0,6 Mio. Euro auf sonstige Investitionen.*

Der Betrag für die Baumaßnahmen ist mit 6,1 Mio. Euro den Tiefbaumaßnahmen und mit 4,5 Mio. Euro dem geplanten IGZ Dülmen zuzurechnen. Weitere wesentliche Beträge sind mit 2,4 Mio. Euro für den Schulbau, mit 1,5 Mio. Euro für den Bau einer weiteren KiTa sowie mit 1,0 Mio. Euro für Baumaßnahmen im Bereich der Feuerwehr vorgesehen.

Die größten Einzelpositionen beim Erwerb von beweglichem Vermögen entfallen mit 0,6 bzw. 1,4 Mio. Euro auf die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten für den Bauhof und die Feuerwehr sowie mit 0,9 Mio. Euro auf Beschaffungen von Hard- und Software im Bereich der ADV.

Hinter den aktivierbaren Zuwendungen verbergen sich Zuschüsse zu Investitionen Dritter. Im Einzelnen handelt es sich mit 1,4 Mio. Euro um die weitere Finanzierung der Südumgehung sowie mit 1,6 Mio. Euro um die Weiterleitung der Fördermittel zum IGZ. Außerdem sind Zuschüsse in Höhe von 1,3 Mio. Euro zur Schaffung weiterer Kitaplätze bei freien Trägern und 300.000 Euro für Maßnahmen von Sportvereinen vorgesehen.

Zur Finanzierung der geplanten Investitionsmaßnahmen mit einem Volumen von über 30,0 Mio. Euro musste eine Kreditermächtigung in Höhe von 16,4 Mio. Euro vorgesehen werden. Unter Berücksichtigung der veranschlagten ordentlichen Tilgung errechnet sich unter der Voraussetzung, dass alle veranschlagten Investitionen auch tatsächlich planmäßig zur Ausführung kommen, für 2019 eine Netto-Neuverschuldung in Höhe von ca. 13,7 Mio. Euro.

Bei den geplanten Krediten handelt es sich um Investitionskredite, mit denen Werte und Einrichtungen geschaffen werden, die den Bürgerinnen und Bürgern über Jahre und Jahrzehnte z. B. in Form von Schulen, Kindergärten oder Sportplätzen zur Verfügung stehen. Solche Vermögenswerte über Kredite zu finanzieren ist auch eine Form von Generationengerechtigkeit. Generationengerechtigkeit ist nämlich keine Einbahnstraße. Auch die folgenden Generationen werden von den Einrichtungen profitieren, so dass eine Finanzierungsbeteiligung durchaus gerechtfertigt ist.

Ich denke, für heute habe ich Sie mit meinen trockenen Zahlen genug gequält. Ich möchte nun noch die Gelegenheit nutzen und mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Mithilfe bei der Erstellung des doch recht umfangreichen Budgetbuchs bedanken. Ganz besonders bedanke ich mich bei Bernhard Krunke und Ingrid Thesmann aus meinem Team. Ich freue mich, dass alle

noch einmal eine Schuppe drauf gelegt haben, damit der Einbringungstermin, der in den letzten Jahren immer weiter nach vorne gerutscht ist, auch diesmal eingehalten werden konnte – getreu dem Motto: „der frühe Vogel fängt den Wurm“.

*Meine sehr verehrten Damen und Herren,
dem ein oder anderen wird es aufgefallen sein. Ich habe im Laufe meines Vortrages mit einigen Redewendungen und Floskeln gespielt. Wer mitgezählt hat oder das nachher nachholen möchte – es waren 12 Beiträge für das „Phrasenschwein“. Damit soll nun aber Schluss sein. Ich werde also quasi zur Sacharbeit zurückkehren. Ihnen und auch mir wünsche ich ertragsbringende Haushaltsberatungen für die Stadt Dülmen.*

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2019 entgegen und überweist diesen ohne weitere Aussprache zur Beratung an die Fachausschüsse.

**Zu Punkt 5
(177/2018)**

Fünfte Fortführung des Maßnahmen- und Umsetzungsplans zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dachflächen

Begründung: Originalniederschrift Anlage 5

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich der Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel im Budgetbuch 2019 die Maßnahme Mauritiuschule (Hausdülmen) umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Budgetaufstellung 2019 eine aktualisierte Nutzungsbetrachtung für die übrigen Dachflächen durchzuführen und ggf. Maßnahmen ins Budget aufzunehmen.

**Zu Punkt 6
(151/2018)**

Jahresabschluss 2017 des eigenbetriebsähnlichen Betriebes "Grundstücksmanagement der Stadt Dülmen"

Begründung: Originalniederschrift Anlage 6

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

1. ~~Herr Dipl.-Kfm. Georg Schulze Entrup, EuReWi Euregio Revision Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, wird als sachkundige Person gehört.~~
2. Der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers über die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts zum 31. Dezember 2017 wird zur Kenntnis genommen.
3. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2017 und der Lagebericht werden wie folgt festgestellt:
 - a) Jahresbilanz zum 31.12.2017 abschließend auf beiden Seiten mit 11.308.638,14 EUR
 - b) Gewinn- und Verlustrechnung 2017 abschließend mit einem Bilanzverlust von 869.485,18 EUR
 - c) Anhang zum 31.12.2017 einschließlich seiner Anlagen in der vorgelegten Fassung
 - d) Lagebericht zum 31.12.2017 in der vorgelegten Fassung
4. Der Bilanzverlust in Höhe von 869.485,18 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
5. ~~Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung als Betriebsausschuss erteilen der Betriebsleitung gem. § 5 EigVO für das Wirtschaftsjahr 2017 vorbehaltlos Entlastung.~~
6. Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dülmen erteilen den Mitgliedern des Betriebsausschusses gem. § 4 EigVO für das Wirtschaftsjahr 2017 vorbehaltlos Entlastung.

**Zu Punkt 7
(171/2018)**

**Verfahren zur 89. Änderung des Flächennutzungsplans zum Zwecke der Flächenrücknahme
hier: Einleitungsbeschluss**

Begründung: Originalniederschrift Anlage 7

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in der zur Zeit geltenden Fassung wird die Einleitung des Verfahrens zur 89. Änderung des Flächennutzungsplans zum Zwecke der Flächenrücknahme beschlossen.

In einem Lageplan, der Bestandteil des Einleitungsbeschlusses ist, sind die räumlichen Teilgeltungsbereiche des Beschlusses dargestellt. Der Lageplan wird als gesonderte Niederschrift gemäß § 52 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung beim Fachbereich Stadtentwicklung der Stadt Dülmen aufbewahrt.

**Zu Punkt 8
(172/2018)**

**Aufstellungsverfahren zur 88. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Dülmen für den Bereich „Auf dem Bleck I“ und „Auf der Laube“ in Dülmen-Kirchspiel und Dülmen-Mitte
hier: Aufstellungsbeschluss**

Begründung: Originalniederschrift Anlage 8

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in der zur Zeit geltenden Fassung wird die Einleitung des Verfahrens zur 88. Änderung des Flächennutzungsplans zum Zwecke der wohnbaulichen und landwirtschaftlichen Entwicklung beschlossen. In einem Lageplan, der Bestandteil des Einleitungsbeschlusses ist, sind die räumlichen Teilgeltungsbereiche des Beschlusses dargestellt. Der Lageplan wird als gesonderte Niederschrift gemäß § 52 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung beim Fachbereich Stadtentwicklung der Stadt Dülmen aufbewahrt.

**Zu Punkt 9
(145/2018)**

**84. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich "Alte Badeanstalt"
a) Beratung und Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen
b) Beschluss über die 84. Änderung des Flächennutzungsplanes einschließlich Begründung**

Begründung: Originalniederschrift Anlage 9

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

zu a):

1. Die Hinweise des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr vom 20.12.2017 werden zur Kenntnis genommen.
2. Die mit Schreiben vom 15.01.2018 und 04.06.2018 von der Stadtwerke Dülmen GmbH eingegangenen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
3. Die von der Bezirksregierung Arnsberg – Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW mit Schreiben vom 08.01.2018 vorgebrachten Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
4. Den Anregungen des Kreises Coesfeld mit Schreiben vom 17.01.2018, 23.04.2018 und 16.06.2018 des Aufgabenbereichs Immissionsschutz und der Unteren Bodenschutzbehörde werden zur Kenntnis genommen. Eine Regelung wird der verbindlichen Bauleitplanung überlassen.
5. Die Anregungen des Landesbetriebes Wald und Holz vom 11.01.2018 und 21.06.2018 werden zur Kenntnis genommen.
6. Die mit Schreiben vom 15.06.2018 vorgetragenen Hinweise der Handwerkskammer Münster werden zur Kenntnis genommen.

7. Der Hinweis des Landesbetrieb Straßenbau NRW vom 14.06.2018 wird zur Kenntnis genommen.
8. Die Anregungen des LWL-Archäologie für Westfalen vom 12.01.2018 und vom 28.05.2018 werden zur Kenntnis genommen.

zu b):

Gemäß § 2 i.V.m. § 1 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der zurzeit geltenden Fassung wird die 84. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich „Alte Badeanstalt“ einschließlich Begründung beschlossen.

Die 84. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Begründung werden als gesonderte Niederschriften gem. § 52 Gemeindeordnung NRW für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung festgehalten und beim Fachbereich Stadtentwicklung der Stadt Dülmen aufbewahrt.

Zu Punkt 10 (144/2018)	Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes 241 „Maria-Ludwig-Stift“ hier: Aufstellungsbeschluss
-----------------------------------	---

Begründung: Originalniederschrift Anlage 10

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in der zur Zeit geltenden Fassung wird die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes 241 „Maria-Ludwig-Stift“ für einen Bereich zwischen der Coesfelder Straße, der Stolbergstraße und der Bahntrasse Dortmund – Enschede in der Gemarkung Dülmen Stadt beschlossen.

In einem Lageplan, der Bestandteil des Einleitungsbeschlusses ist, ist der räumliche Geltungsbereich des Beschlusses dargestellt. Der Lageplan wird als gesonderte Niederschrift gemäß § 52 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung beim Fachbereich Stadtentwicklung der Stadt Dülmen aufbewahrt.

Zu Punkt 11 (168/2018)	Verfahren zur I. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65/1 „Butterkamp“ hier: Entwurfsbeschluss
-----------------------------------	--

Begründung: Originalniederschrift Anlage 11

Erster Beigeordneter Stadtbaurat Leushacke weist darauf hin, dass der aktuelle Plan mit redaktionellen Änderungen aushänge. Selbiger werde offengelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

Gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in der zur Zeit geltenden Fassung wird der Entwurf zur I. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65/1 "Butterkamp" für dessen gesamten Geltungsbereich zwischen der Münsterstraße (L551), der Bergfeldstraße, den Straßen "An den Wiesen" und "Königswall", der Coesfelder Straße, dem Haverlandweg, und der Bahnstrecke Dortmund - Enschede in der Gemarkung Dülmen-Stadt als Entwurf beschlossen und einschließlich der Begründung zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

Der Entwurf des Bebauungsplanes sowie die Begründung werden als gesonderte Niederschrift gemäß § 52 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung beim Fachbereich Stadtentwicklung der Stadt Dülmen aufbewahrt.

**Zu Punkt 12
(170/2018)**

**Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.
231 „Auf dem Bleck III“
hier: Entwurfsbeschluss**

Begründung: Originalniederschrift Anlage 12

Stadtverordneter Tönnis teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE den Beschlussentwurf ablehnen werde. Die Fläche werde „im großen Stil“ zur Wohnbebauung umgewandelt. Man sehe vielmehr die Notwendigkeit, das Gebiet als Gewerbegebiet auszuweisen. Im Übrigen halte man das Heranziehen der Anlieger zur Kostenbeteiligung für nicht richtig, wenn auch rechtlich möglich.

Erster Beigeordneter Stadtbaurat Leushacke informiert, dass der Regionalplan die Flächennutzung vorgebe und diese Fläche zur Wohnbebauung ausgewiesen sei. Hinsichtlich der Beitragspflicht der Altanlieger gebe es kein Ermessensspielraum zur Befreiung. Es sei jedoch zu berücksichtigen, dass durch den Ausbau keine ausschließliche Beteiligung der Altanlieger erfolge, wie es bei einem nicht-Ausbau der Fall wäre.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 41 Nein 2

Beschluss:

Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in der zur Zeit geltenden Fassung wird der Entwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 231 „Auf dem Bleck III“ für einen Bereich unmittelbar nordöstlich der Straße „Auf dem Bleck“ zwischen der Hiddingseler Straße und dem Wirtschaftsweg 359, auf einer gegenüber dem Einleitungsbeschluss um 500 qm erweiterten Fläche als Entwurf beschlossen und einschließlich der Begründung zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

Der Entwurf des Bebauungsplanes sowie die Begründung werden als gesonderte Niederschrift gemäß § 52 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung beim Fachbereich Stadtentwicklung der Stadt Dülmen aufbewahrt.

**Zu Punkt 13
(164/2018)**

Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 218 „Dülmen Nord, Teil I“
a) Beratung und Beschluss über eingegangene Stellungnahmen
b) Beschluss über die Begründung
c) Satzungsbeschluss

Begründung: Originalniederschrift Anlage 13

Stadtverordneter Küber führt aus, die Fraktion B´90 / DIE GRÜNEN bisher Opponent der Maßnahme gewesen sei, stelle jedoch nunmehr fest, dass einige Argumente gegen das Vorhaben „weggebrochen“ seien. Im Fokus habe ursprünglich das Dilemma Flächenverbrauch versus Flächennotwendigkeit und Weiterentwicklung gestanden. Der Wirtschaftsförderer Herr Schmude habe der Fraktion eine detaillierte Vorstellung gegeben, so dass dem Projekt Dülmen-Nord – nach langer Diskussion – fortan zugestimmt werde. Eine fortlaufende Einbeziehung der Anwohner sei jedoch gewünscht.

Bürgermeisterin Stremlau lobt an dieser Stelle die Arbeit des Wirtschaftsförderers Schmude.

Stadtverordneter Wessels berichtet, es gebe kein vergleichbares Projekt mit ähnlich beachtlicher Einbringung der Bürger. Die Einschränkungen für die Anwohner seien nicht zu verkennen, jedoch müsse man sich nach Abwägung aller Aspekte für dieses Gebiet entscheiden. Gleichwohl sei über weitere Gewerbeflächen nachzudenken, um Dülmen voranzubringen. Abschließend spricht er seinen Dank an alle Akteure um das Projektes aus, es handele sich um ein mustergültiges Verfahren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 41 Nein 2

Beschluss:

zu a.):

1. Der Stellungnahme des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3 mit Schreiben vom 03.01.2017 und online am 07.02.2018 wird entsprochen.
2. Den Anregungen der Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen (IHK) mit Schreiben vom 19.01.2017, vom 06.02.2018 und vom 14.06.2018 wird bezüglich des Formulierungsvorschlages zur Festsetzung zum Annexhandel nicht entsprochen, dem Hinweis auf eine Textdoppelung und zum Anschluss des Gebietes an Glasfasernetze gefolgt.
3. Den Einwendungen der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Coesfeld mit Schreiben vom 20.01.2017, vom 01.02.2018 und vom 20.06.2018 wird nicht entsprochen, den Anregungen aus den Aufgabenbereichen Oberflächengewässer, Immissionsschutz und seitens der Brandschutzdienststelle sowie den Hinweisen der Unteren Naturschutzbehörde wird entsprochen.
4. Den Einwendungen des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), Kreisverband Dülmen mit Schreiben vom 21.01.2017 wird nicht entsprochen.
5. Den Stellungnahmen der Stadtwerke Dülmen mit Schreiben vom 11.01.2017, vom 06.02.2018 und vom 04.06.2018 wird insoweit entsprochen, als der geforderte Standort für eine zusätzliche 10 kV-Ortsnetzstation zur Versorgung des Plangebietes mit elektrischer Energie im Bebauungsplan festgesetzt wird. Der Anregung zur Be-

rücksichtigung des Standortes für eine Gasübergabestation wird nicht entsprochen, der Hinweis auf die erforderliche rechtliche Sicherung einer Versorgungsstrasse im Bereich der Straße „An der Lehmkuhle“ wird zur Kenntnis genommen und die Stellungnahme im Hinblick auf den notwendigen Abstimmungsbedarf dem Abwasserwerk der Stadt Dülmen weitergeleitet. Ebenfalls zur Kenntnis genommen wird der Hinweis zur Wasserversorgung.

6. Der Anregung der Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Coesfeld (LWK) bezüglich des Angebotes von Ersatzflächen mit Schreiben vom 20.01.2017 und vom 10.01.2018 wird insoweit entsprochen, als die bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen innerhalb des Plangebietes soweit möglich im allgemeinen Grundstücksverkehr auch unter Einbringung geeigneter Tauschflächen von der Stadt erworben wurden bzw. werden sollen.
7. Der Stellungnahme des Landesbetriebes Straßenbau (Straßen.NRW) mit Schreiben vom 18.01.2017, vom 31.01.2018 und vom 14.06.2018 bezüglich der Abstimmung zur Ausführungsplanung sowie Lichtsignalsteuerung und zum Abschluss einer Vereinbarung über Regelung der rechtlichen, technischen und finanziellen Einzelheiten der Baumaßnahme und zur Berücksichtigung von Sichtdreiecken wird entsprochen.

Den Anregungen bezüglich der straßenverkehrsrechtlichen Anbaubestimmungen wird insoweit entsprochen, als der dazu bisher im Bebauungsplan enthaltene Hinweis auf die straßenrechtlichen Anbaubestimmungen dahingehend modifiziert wird, dass der Bebauungsplan ohne Mitwirkung des Trägers der Straßenbaulast zustande gekommen ist und die Anbaubestimmungen der §§ 25, 28 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) und § 9 (7) des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) weiterhin Geltung behalten.

Den Anregungen zur Festsetzung einer Anbauverbotszone, zur Zulässigkeit von Schaufenstern, zur Beleuchtung, zu Einfriedungen, Bepflanzung und Werbeanlagen wird nicht entsprochen.

Der Anregung zur Erweiterung der Bereiche ohne Ein- und Ausfahrt wird insoweit entsprochen, als dieser auf das an die B474 angrenzende und als Fläche für die Abwasserbeseitigung festgesetzte Grundstück ausgedehnt wird.

Die Hinweise zur Kostenübernahme der Baumaßnahme im Knotenpunkt Bundesstraße 474 / Landesstraße 551 / Merodenweg, zu den Anforderungen bei Neuanpflanzung von Bäumen an klassifizierten Straßen und zum Lärmschutz an klassifizierten Straßen werden zur Kenntnis genommen.

8. Der Hinweis des Lippeverbandes mit Schreiben vom 01.02.2018 wird zur Kenntnis genommen und dem Abwasserwerk der Stadt Dülmen zur Beachtung zugeleitet.
9. Der Stellungnahme des Einwenders 1 mit Schreiben vom 31.01.2018 wird hinsichtlich der Bitte zur Überprüfung der Planung unter Berücksichtigung verschiedener benannter Punkte entsprochen.
10. Den Anregungen des Einwenders 2 mit drei Schreiben vom 05.02.2018 wird nicht entsprochen. Die Anregung bezüglich von Maßnahmen im Zuge einer Erneuerung der L551 wird zuständigkeitshalber dem Landesbetrieb Straßenbau zur Kenntnis zugeleitet.
11. Den Anregungen des Einwenders 3 mit Schreiben vom 07.02.2018 wird nicht entsprochen
12. Den Anregungen der Einwender 4 mit E-Mail vom 06.02.2018 und mit online-Beteiligung vom 20.06.2018 wird insoweit entsprochen, als der Übersichtsplan auf der Eingangsseite der Begründung ausgetauscht wird, die Bezeichnung der Planstraßen auf Seite 4 der Begründung redaktionell korrigiert wird, die Anbindung der Rad- und Fußwege im Bereich an der L 551 in die Planung einbezogen, der Standort des geplanten Regenrückhaltebeckens in das Plangebiet einbezogen wird und die

Gliederung der Gewerbegebiete auch den immissionsschutzrechtlichen Schutzanspruch des Wohnhauses Weddern 86 berücksichtigt. Den übrigen Belangen wird im Ergebnis der erbetenen Prüfung nicht entsprochen.

13. Den Anregungen der Einwender 5 mit E-Mail vom 28.01.2018 und mit online-Beteiligung vom 20.06.2018 wird insoweit entsprochen, als der Übersichtsplan auf der Eingangsseite der Begründung ausgetauscht wird, die Bezeichnung der Planstraßen auf Seite 4 der Begründung redaktionell korrigiert wird. Den übrigen Belangen wird im Ergebnis der erbetenen Prüfung nicht entsprochen.
14. Den Anregungen der Einwender 6 mit Schreiben vom 09.02.2018 wird nicht entsprochen.

Zu. b.):

Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 218 „Dülmen Nord, Teil I“ wird in der gegenüber der öffentlichen Auslegung des Planentwurf geänderten Fassung beschlossen. Mit der Änderung entfällt der bisherige letzte Satz des Kap. 8. Ver- und Entsorgung und wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Da eine derartige Löschwassermenge nicht über das Trinkwassernetz abgedeckt werden kann, ist nach dem dazu vom Fachbereich Sicherheit und Ordnung in Abstimmung mit der Brandschutzdienststelle des Kreises Coesfeld erstellten Löschwasserversorgungskonzept¹ zusätzlich die Errichtung von drei Zisternen nach DIN 14230 mit einem Volumen von jeweils mindestens 400 Kubikmeter vorgesehen. Im Konzept werden die Standorte der Zisternen zur räumlichen Abdeckung des Gesamtgebietes im Gewerbegebiet GE2 unmittelbar an der Planstraße 2, bzw. im GE4 unmittelbar an den Planstraßen 1 und 4, etwa auf halber Strecke der jeweils betreffenden Straßenabschnitte festgelegt. Da sich die betreffenden Flächen im Eigentum der Stadt Dülmen befinden, ist eine entsprechende Festsetzung zur Standortsicherung im Bebauungsplan nicht erforderlich, soweit das Konzept bei der nachfolgenden Grundstücksvergabe berücksichtigt wird. Im Hinblick darauf, dass sich in Abhängigkeit von der tatsächlichen brandschutzrelevanten baulichen Entwicklung des Gebietes sowie unter Berücksichtigung technischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen bei der Umsetzung des Bebauungsplanes gleichwertige Alternativen zum vorliegenden Konzept ergeben können, sieht dieses eine entsprechende Fortschreibung ausdrücklich vor.

Zu. c.):

Gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in der zur Zeit geltenden Fassung wird der Bebauungsplan Nr. 218 „Dülmen Nord, Teil I“ für einen Bereich nordwestlich der Münsterstraße (L551), unmittelbar nordöstlich der B474 und südöstlich der BAB43 in den Gemarkungen Dülmen Stadt und Dülmen-Kirchspiel, bestehend aus dem Plangrundriss und den textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan sowie die Begründung werden als gesonderte Niederschrift gemäß § 52 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung beim Fachbereich Stadtentwicklung der Stadt Dülmen aufbewahrt.

¹ Stadt Dülmen, Löschwasserversorgungskonzept für das Gewerbegebiet „Dülmen-Nord, Teil I“, Stand Februar 2018

**Zu Punkt 14
(166/2018)**

**Verfahren zur III. Änderung des Bebauungsplanes
Nr. 84/1 „Industriegebiet Dernekamp, Teil VI“; hier:
a) Beschluss über die Begründung
b) Satzungsbeschluss**

Begründung: Originalniederschrift Anlage 14

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

Zu a.):

Die Begründung zur III. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84/1 „Industriegebiet Dernekamp, Teil VI“ wird in der gegenüber der öffentlichen Auslegung des Planentwurfes unveränderten Fassung beschlossen.

Zu b.):

Gemäß § 10 i. V. m. § 12 Baugesetzbuch (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in der zur Zeit geltenden Fassung wird die III. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84/1 „Industriegebiet Dernekamp, Teil VI“ für einen Bereich zwischen den Straßen „Wierlings Busch“, „Wierlings Esch“ und „Wierlings Kamp“ in der Gemarkung Dülmen-Kirchspiel bestehend aus dem Plangrundriss und den textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan sowie die Begründung werden als gesonderte Niederschrift gemäß § 52 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung beim Fachbereich Stadtentwicklung der Stadt Dülmen aufbewahrt.

**Zu Punkt 15
(175/2018)**

**Verfahren zur III. Änderung des Bebauungsplanes
Nr. 01/5 „Am Haselbach“ als Vorhabenbezogener
Bebauungsplan
a) Beratung und Beschluss über eingegangene
Stellungnahmen
b) Beschluss über die Begründung
c) Beschluss über den Durchführungsvertrag
d) Satzungsbeschluss**

Begründung: Originalniederschrift Anlage 15

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

zu a.):

1. Den Stellungnahmen der Deutschen Bahn AG mit Schreiben vom 02.02.2018 und vom 23.05.2018 wird bezüglich der Verhinderung des Oberflächenabflusses zu den Bahngleisen gefolgt. Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen und dem Vorhabenträger und dem FB 62 der Stadt Dülmen zur Beachtung zugeleitet.
2. Den Anregungen der verschiedenen Fachstellen des Kreises Coesfeld mit Schreiben

- vom 20.02.2018 und vom 13.06.2018 wird entsprochen. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und dem Vorhabenträger und dem FB 62 der Stadt Dülmen zur Beachtung zugeleitet.
3. Der Anregung der Stadtwerke Dülmen GmbH mit Stellungnahmen vom 19.02.2018, vom 04.06.2018 und vom 31.07.2018 wird insoweit entsprochen, als die Versorgungsleitungen über ein im Bebauungsplan festgesetztes Leitungsrecht und eine beschränkt-persönliche Dienstbarkeit planungsrechtlich und grundbuchrechtlich gesichert werden.
 4. Der Stellungnahme der Westnetz GmbH mit Schreiben vom 19.02.2018, vom 21.06.2018 und vom 09.07.2018 wird insoweit entsprochen, als die Erdgashochdruckleitung über ein Leitungsrecht zugunsten der Stadtwerke Dülmen GmbH sowie über eine beschränkt-persönliche Dienstbarkeit gesichert wird.
 5. Den Anregungen der Telekom Deutschland GmbH mit Stellungnahmen vom 27.02.2018, vom 22.06.2018 und vom 30.07.2018 wird hinsichtlich der Sicherung der Telekommunikationsleitung incl. eines Schutzstreifens über die Festsetzung eines Leitungsrechtes sowie über die Eintragung einer beschränkt-persönliche Dienstbarkeit entsprochen. Der Hinweis zum Ausbau der Telekommunikationslinien wird zur Kenntnis genommen und dem Vorhabenträger zur Beachtung zugeleitet.
 6. Der Anregung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) -Archäologie für Westfalen mit Stellungnahme vom 29.05.2018 wird mit der Aufnahme des Hinweises im Bebauungsplan zur Beteiligung der LWL bei Bodenfunden entsprochen. Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen und dem Vorhabenträger zur Beachtung zugeleitet.
 7. Den Stellungnahmen der Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen mit Schreiben vom 20.02.2018 und vom 22.06.2018 wird bezüglich einer ergänzenden Untersuchung der Lärmimmissionen, die von den Betrieben und von den Wirtschaftsverkehrern ausgehen entsprochen. Der Anregung, im Plangebiet sonstige nicht störende Gewerbebetriebe ausnahmsweise zuzulassen, wird nicht gefolgt. Die Anregung bezüglich der Ersatzmaßnahmen im Sinne eines dynamischen Flächenmanagement für Gewerbeflächen werden zur Kenntnis genommen.
 8. Der Stellungnahme des Fachbereiches 721 Straßen- und Landschaftsbau mit Schreiben vom 22.06.2018 wird insoweit entsprochen, als die Erschließungsplanung an die Straßenendausbauhöhenplanung der Bischof-Kaiser-Straße angepasst wird und die im Bebauungsplan festgesetzte Höhe der Oberkannte Fertigfußboden (OKFF) erhöht wird.
 9. Der Anregung des Fachbereiches 62 mit Stellungnahme vom 22.06.2018 wird insoweit entsprochen, als die textlichen Festsetzungen im Bebauungsplan so angepasst werden, dass entsprechend der bisherigen zeichnerischen Darstellungen des Vorhaben- und Erschließungsplanes in den mit Leitungsrechten zugunsten verschiedener Versorgungsträger zu belastenden Flächen Stellplätze mit ihren Zufahrten sowie Müllstandorte zulässig sind.

Zu. b.):

Die Begründung zur III. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 01/5 „Am Haselbach“ als Vorhabenbezogener Bebauungsplan wird in der gegenüber der öffentlichen Auslegung des Planentwurfes geänderten und ergänzten Fassung beschlossen.

Zu. c.):

Der Durchführungsvertrag zur III. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 01/5 „Am Haselbach“ als Vorhabenbezogener Bebauungsplan wird beschlossen.

Zu. d.):

Gemäß § 10 i. V. m. § 12 Baugesetzbuch (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in der zur Zeit geltenden Fassung wird die III. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 01/5 „Am Haselbach“ als Vorhabenbezogener Bebauungsplan zwischen der Eisenbahnstrecke Wanne-Bremen, der Lüdinghauser Straße und der Bischof-Kaiser-Straße in der Gemarkung Dülmen-Stadt bestehend aus dem Plangrundriss, den textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften gem. § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW) vom 01.03.2000 in der zurzeit geltenden Fassung sowie einschließlich des Vorhaben- und Erschließungsplanes als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan sowie die Begründung werden als gesonderte Niederschrift gemäß § 52 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung beim Fachbereich Stadtentwicklung der Stadt Dülmen aufbewahrt.

Zu Punkt 16 (167/2018)	Verfahren zur III. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73/5 „Am Holzplatz, Teil III“ a) Beratung und Beschluss über eingegangene Stellungnahmen b) Beschluss über die Begründung c) Satzungsbeschluss
-----------------------------------	---

Begründung: Originalniederschrift Anlage 17

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

zu a.):

1. Der Stellungnahme des LWL-Archäologie für Westfalen mit Schreiben vom 13.11.2017, vom 01.12.2017 und vom 08.05.2018 wird entsprochen.
2. Den Anregungen des Einwenders 1 mit Schreiben vom 22.11.2017 und 05.12.2017 und mit E-Mail vom 25.07.2018 wird dahingehend entsprochen, dass die nördlichen Baugrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt direkt von der Straße „Ostlandwehr“ erschlossen werden können. Hinsichtlich der sonstigen vorgetragenen Einwendungen wird der Stellungnahme nicht entsprochen.
3. Den Anregungen des Einwenders 2 mit E-Mail vom 22.11.2017 und online am 05.12.2017 sowie am 22.07.2018 wird dahingehend entsprochen, dass die nördlichen Baugrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt direkt von der Straße „Ostlandwehr“ erschlossen werden können. Hinsichtlich der sonstigen vorgetragenen Einwendungen wird der Stellungnahme nicht entsprochen.
4. Den Anregungen des Einwenders 3 mit zwei Schreiben vom 22.11.2017 und online am 06.12.2017 sowie am 24.07.2018 wird dahingehend entsprochen, dass die nördlichen Baugrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt direkt von der Straße „Ostlandwehr“ erschlossen werden können. Hinsichtlich der sonstigen vorgetragenen Einwendungen wird der Stellungnahme nicht entsprochen.
5. Den Anregungen der Einwender 4 mit Schreiben vom 28.11.2017 wird dahingehend entsprochen, dass die nördlichen Baugrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt direkt von der Straße „Ostlandwehr“ erschlossen werden können. Hinsichtlich der sonstigen vorgetragenen Einwendungen wird der Stellungnahme nicht entsprochen.

6. Den Anregungen des Einwenders 5 mit Schreiben vom 03.12.2017 wird dahingehend entsprochen, dass die nördlichen Baugrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt direkt von der Straße „Ostlandwehr“ erschlossen werden können. Hinsichtlich der sonstigen vorgetragenen Einwendungen wird der Stellungnahme nicht entsprochen.
7. Den Anregungen des Einwenders 6 mit Schreiben online am 03.12.2017 wird dahingehend entsprochen, dass die nördlichen Baugrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt direkt von der Straße „Ostlandwehr“ erschlossen werden können. Hinsichtlich der sonstigen vorgetragenen Einwendungen wird der Stellungnahme nicht entsprochen.
8. Den Anregungen des Einwenders 7 online am 04.12.2017 wird dahingehend entsprochen, dass die nördlichen Baugrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt direkt von der Straße „Ostlandwehr“ erschlossen werden können.
9. Den Anregungen des Einwenders 8 online am 04.12.2017 wird dahingehend entsprochen, dass die nördlichen Baugrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt direkt von der Straße „Ostlandwehr“ erschlossen werden können.
10. Den Anregungen des Einwenders 9 online am 05.12.2017 sowie am 24.07.2018 wird dahingehend entsprochen, dass die nördlichen Baugrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt direkt von der Straße „Ostlandwehr“ erschlossen werden können. Hinsichtlich der sonstigen vorgetragenen Einwendungen wird der Stellungnahme nicht entsprochen.
11. Den Anregungen des Einwenders 10 online am 05.12.2017 wird dahingehend entsprochen, dass die nördlichen Baugrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt direkt von der Straße „Ostlandwehr“ erschlossen werden können. Hinsichtlich der sonstigen vorgetragenen Einwendungen wird der Stellungnahme nicht entsprochen.
12. Den Anregungen des Einwenders 11 online am 05.12.2017 wird dahingehend entsprochen, dass die nördlichen Baugrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt direkt von der Straße „Ostlandwehr“ erschlossen werden können. Hinsichtlich der sonstigen vorgetragenen Einwendungen wird der Stellungnahme nicht entsprochen.
13. Den Anregungen des Einwenders 12 online am 06.12.2017 wird dahingehend entsprochen, dass die nördlichen Baugrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt direkt von der Straße „Ostlandwehr“ erschlossen werden können.
14. Den Anregungen des Einwenders 13 mit Schreiben seines bevollmächtigten Rechtsanwalts vom 06.12.2017 sowie am 24.07.2018 wird dahingehend entsprochen, dass die nördlichen Baugrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt direkt von der Straße „Ostlandwehr“ erschlossen werden können. Hinsichtlich der sonstigen vorgetragenen Einwendungen wird der Stellungnahme nicht entsprochen.

Zu. b.):

Die Begründung zur III. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73/5 „Am Holzplatz, Teil III“ wird in der gegenüber der erneuten öffentlichen Auslegung des Planentwurfes unveränderten Fassung beschlossen.

Zu. c.):

Gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in der zurzeit geltenden Fassung wird die III. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73/5 „Am Holzplatz, Teil III“ für einen Bereich südlich der Straße „Schwarzer Kamp“, zwischen der Kreisstraße 59 „Ostlandwehr“ und der Schedelichstraße in der Gemarkung Dülmen-Stadt bestehend aus dem Plangrundriss, den textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften gem. § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW) vom 01.03.2000 in der zurzeit geltenden Fassung als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan sowie die Begründung werden als gesonderte Niederschrift gemäß § 52 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom

14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung beim Fachbereich Stadtentwicklung der Stadt Dülmen aufbewahrt.

Zu Punkt 17 (182/2018)	Aufgabenerledigung und Personalausstattung beim städtischen Baubetriebshof
-----------------------------------	---

Begründung: Originalniederschrift Anlage 17

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 18 (174/2018)	Bauprogramm für den Lohwall
-----------------------------------	------------------------------------

Begründung: Originalniederschrift Anlage 18

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

Auf der Grundlage der dieser Beschlussvorlage beigefügten Ausbaubeschreibung sowie der Ausbau- und Gestaltungspläne (Bauprogramm nach Anlagen 1 – 7) wird der Lohwall im Bereich zwischen Borkener Straße und Bärenstiege in Form einer Tempo-30-Zone umgestaltet. Im Rahmen der Umgestaltung werden auch die Oberflächenentwässerung, die Parkflächen, die Beleuchtung und die Pflanzbeete verbessert bzw. erneuert. Im Straßenabschnitt zwischen Bärenstiege und Coesfelder Straße wird die Straßenbeleuchtung verbessert.

Zu Punkt 19 (157/2018)	Optimierung des Schulweges entlang der Hiddingse- ler Straße Antrag der FDP-Fraktion vom 09.08.2018
-----------------------------------	--

Begründung: Originalniederschrift Anlage 19

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 41 Nein 2

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 09.08.2018 wird abgelehnt.

Zu Punkt 20 (179/2018)	Bildung eines Grundschulverbundes der Paul- Gerhardt-Schule und der Kardinal-von-Galen-Schule zum Schuljahr 2019/20
-----------------------------------	--

Begründung: Originalniederschrift Anlage 20

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 41 Nein 0 Enthaltung 2

Beschluss:

1. Die evangelische Paul-Gerhardt-Schule in Dülmen-Mitte und die Kardinal-von-Galen-Schule Merfeld (Gemeinschaftsgrundschule) bilden ab dem 01.08.2019 einen Grundschulverbund gem. § 83 Abs. 1 Schulgesetz NRW.
Die Einrichtung dieses Verbundes erfolgt im Wege einer Änderung nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW, in dem die Paul-Gerhardt-Schule Hauptstandort wird und die Kardinal-von-Galen-Schule als Teilstandort geführt wird.
2. Der Grundschulverbund wird ab dem Schuljahr 2019/20 vierzünftig geführt, wobei der Hauptstandort dreizünftig und der Teilstandort einzünftig geführt wird.
3. Der Grundschulverbund trägt den Namen „Grundschulverbund Paul-Gerhardt-Schule (evangelische Grundschule der Stadt Dülmen) / Kardinal-von-Galen-Schule (Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Dülmen)“.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, zu dem Schulträgerbeschluss die nach § 81 Abs. 3 Schulgesetz NRW notwendige Genehmigung der Bezirksregierung Münster als obere Schulaufsicht einzuholen.

Zu Punkt 21 (198/2018)	Erinnerungskultur - Dülmener Kriegsgefangenenlager
-----------------------------------	---

Begründung: Originalniederschrift Anlage 21

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

Dem als Anlage beigefügten Textentwurf, der auf dem Landschaftsfenster zu sehen sein soll, wird zugestimmt.

Zu Punkt 22 (201/2018)	Schenkung von zwei Stücken der Berliner Mauer durch Philipp Scharbert ("Lackaffen")
-----------------------------------	--

Begründung: Originalniederschrift Anlage 22

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 41 Nein 2

Beschluss:

1. Das Mauerteil wird in Dülmen-Mitte am Standort Nr. 5 entsprechend des als Anlage beigefügten Lageplanes aufgestellt.
2. Dem als Anlage beigefügten „Vertrag über eine Leihgabe“ wird zugestimmt.

**Zu Punkt 23
(206/2018)**

Ordnungsbehördliche Unterbringung von Fundtieren

Begründung: Originalniederschrift Anlage 23

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

1. Die Stadt Dülmen schließt die als Anlage beigefügte Änderungsvereinbarung zum Vertrag zur Unterbringung von Fundtieren mit dem Tierschutzverein Coesfeld, Dülmen und Umgebung e.V. ab.
2. Die sich daraus resultierenden Haushaltsmittel sind im Budgetbuch für das Jahr 2019 zu etatisieren.

**Zu Punkt 24
(210/2018)**

Jahresabschluss 2016 der Stadt Dülmen

Begründung: Originalniederschrift Anlage 24

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses 2016 entgegen und leitet diesen zur Prüfung dem Rechnungsprüfungsausschuss zu.

**Zu Punkt 25
(211/2018)**

Neuwahl von Ausschussmitgliedern für den Wasser- und Bodenverband „Oberer Kleuterbach“

Begründung: Originalniederschrift Anlage 25

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

Für den Ausschuss des Wasser- und Bodenverbandes „Oberer Kleuterbach“ werden für die Gruppe III - Eigentümer von Grundstücken im seitlichen Einzugsgebiet der Gemeinden - die folgenden ordentlichen Ausschussmitglieder für die Amtszeit vom 01.02.2019 bis 31.01.2024 benannt:

1. Ausschussmitglied:

Herr Markus Schulze Robert, Leuste 48, 48249 Dülmen

Herr Markus Konermann, Limbergen 11a, 48249 Dülmen

2. Ersatzmitglied:

Herr Tobias Döveling, Leuste 52, 48249 Dülmen

**Zu Punkt 26
(192/2018)**

Ausschussbesetzung

Begründung: Originalniederschrift Anlage 26

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 43

Beschluss:

1. Auf Vorschlag der CDU Fraktion wird Stadtverordneter Peter Wendrich für den verstorbenen Stadtverordneten Peter Timmers als persönlicher Vertreter für den Stadtverordneten Claus Joachimczak in den Ausschuss für Jugend und Familie (Jugendhilfeausschuss) gewählt.
2. Frau Anne Geldermann wird für das bisherige Mitglied Frau Christel Meier als stellv. beratendes Mitglied seitens der Agentur für Arbeit Coesfeld für den Jugendhilfeausschuss benannt.
3. Frau Gudula Kaufhold wird für das bisherige Mitglied Herr Pfarrer Gerd Oevermann als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Schule und Bildung seitens der evangelischen Kirche berufen.

Zu Punkt 27

Mitteilungen der Bürgermeisterin

Erster Beigeordneter Stadtbaurat Leushacke informiert, das Büro ETN habe mitgeteilt, dass der Gutachterausschuss das Bahnhofsprojekt mit der neuen Konzeption positiv bewertet habe. Die Planungen könnten somit fortgeführt werden. Die Stadtverordnetenversammlung werde fortlaufend informiert.

Zu Punkt 28

Anfragen von Stadtverordneten

Begründung: Originalniederschrift Anlage 28

Stadtverordneter Stegemann stellt fest, er habe in mehreren Vorlagen zu Bebauungsplänen von einem Austausch mit der Bezirksregierung gelesen. Er möchte wissen, ob es sich bei dem Austausch – auch bei anderen Gemeinden - um einen gängigen Verfahrensschritt handele, oder entsprechende Rücksprachen vorwiegend in Dülmen praktiziert würden.

Erster Beigeordneter Stadtbaurat Leushacke antwortet, dass er nicht für die Vorgehensweise anderer Verwaltungen sprechen könne, es sich bei dem Informationsaustausch mit der Bezirksregierung jedoch um einen typischen Arbeitsschritt handele.

Stadtverordneter Stegemann bezieht sich auf den Umsetzungsplan zu Errichtung von Photovoltaikanlagen der Stadt Dülmen. Ebenso möge die Stadtwerke Dülmen GmbH eine alternative Energiegewinnung forcieren. Nach seinem Kenntnisstand werde noch ein großer Teil der Energie aus Kohle gewonnen.

Bürgermeisterin Stremlau macht darauf aufmerksam, dass es sich bei der Stadtverordnetenversammlung nicht um den zuständigen Adressaten handele. Sie schlägt vor, dass die anwesenden Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke Dülmen GmbH die Anregung entsprechend transportieren.

Stadtverordneter Braun möchte lobend erwähnen, dass dem aus dem Dienst ausgeschiedenen Herrn Ernst mit Eintritt in den Ruhestand das dreirädrige Dienstfahrrad geschenkt wurde. Dabei handele es sich um eine „tolle Geste“.

Stadtverordnete Eiersbrock fragt, ob das Bürgerbüro in der kommenden Woche wieder geöffnet sei.

Städtischer Verwaltungsrat Heilken bejaht. Ebenso sei das Bürgerbüro in Rorup wieder geöffnet.

Stadtverordneter Küber bezieht sich auf die am 30.08.2018 beschlossene temporäre Einrichtung einer Fußgängerzone an der Coesfelder Str. und erfragt, ab wann die Straße gesperrt werde.

Erster Beigeordneter Stadtbaurat Leushacke teilt mit, dass der Termin noch abgestimmt werden müsse.

Städtischer Verwaltungsrat Heilken ergänzt, dass auf die Lieferung der Schilder gewartet werde. Selbige würden im unmittelbaren Anschluss aufgestellt.

Stadtverordneter Alex stellt fest, dass die Haushaltssatzung eine Übersicht der freiwilligen Leistungen enthalte und bedankt sich beim Kämmerer für die gewünschte Umsetzung. Wünschenswert seien weitere Erklärungen, insbesondere welche Positionen in welchen Gruppenposten enthalten seien.

Kämmerer Röder erläutert, dass diese aus der Aufstellung der Einzelpositionen ablesbar seien, ergänzte dann, dass auch eine Weiterentwicklung angedacht werden könne.

Zum Ende des öffentlichen Teils der Sitzung wendet sich **Bürgermeisterin Stremlau** an Ersten Beigeordneten Leushacke. Sie möchte ihm nochmals für 27 Jahre erfolgreicher Arbeit und die vorangebrachten Entwicklungen für die Stadt Dülmen danken. Die Einladungen zum Empfang anlässlich der offiziellen Verabschiedung seien „unterwegs“.

Erster Beigeordneter Stadtbaurat Leushacke bedankt für die wohlmeinenden Worte der Bürgermeisterin. Er nehme den Dank gerne entgegen, möchte jedoch auch ein Stück des Dankes zurückgeben. So habe er über viele Jahre die Möglichkeit erhalten, Planungen und Strategien zu entwickeln, sowie Projekte umzusetzen. Stadtentwicklung sei ein lang andauernder Prozess, insbesondere wegen der rechtlichen Komplexität und vielen sonstigen Hindernissen bei den verschiedenen Verfahren. Mit der entsprechenden politischen Unterstützung habe es jedoch auch viele kommode Verfahren gegeben. Sein Dank gelte besonders den Kolleginnen und Kollegen des Baudezernates. „Ihr habt es mir ermöglicht, ohne euch wäre vieles nicht möglich gewesen.“ Sodann wendet er sich an Herrn Mönter und gratuliert diesem zum einstimmigen Votum der Stadtverordnetenversammlung, wünscht ihm eine glückliche Hand und gutes Gelingen. Er könne sich bei den Kolleginnen und Kollegen auf eine große Bereitschaft zur Unterstützung verlassen. Erster Beigeordneter Stadtbaurat Leushacke wünscht allen Anwesenden eine gute Zukunft und verabschiedet sich mit den Worten „bleiben Sie alle gesund“.

Ersten Beigeordneten Stadtbaurat Leushacke wird von allen anwesenden Stadtverordneten, Bürgerinnen und Bürgern, sowie Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung stehende Ovation dargebracht.

Dülmen, den 18.10.2018

Stremlau
Bürgermeisterin

Höltken
Schriftführerin